

# Die Produktion historischer ›Tatsachen‹\*

Wie die falsche Teilnehmerzahl der Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 Allgemeingut wurde

and similar papers at [core.ac.uk](http://core.ac.uk)

provided by Publikationen der Deuts

## Einleitung

Wann lebte der ägyptische Pharao Tutanchamun? Ungefähr von 1341 v. Chr. bis 1323 v. Chr. Wann fand der peloponnesische Krieg statt? Er dauerte von 431 v. Chr. bis 404 v. Chr. Wie viele Protestierende nahmen an der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989, weithin als Schlüsselereignis der Friedlichen Revolution angesehen, teil? Die einhellige Antwort ist 70.000 (es ist sogar selten, dass »ungefähr« hinzugefügt wird). Diese und viele weitere Daten und Zahlen haben sich als Fakten etabliert – sie werden in Geschichtsbüchern, im Internet und in Enzyklopädien veröffentlicht und sind mittlerweile Allgemeingut. Doch wie weit können wir diesen Daten trauen? Die meisten, die diese Daten akzeptieren, gehen davon aus, dass Historiker und andere Sozialwissenschaftler sorgfältig alle vorhandenen Quellen untersucht haben um sicherzugehen, dass die veröffentlichten

---

\* *Anmerkung der Redaktion:* Der vorliegende Aufsatz wurde zuerst veröffentlicht in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, Sonderheft 5 und 6 über Datenprobleme, herausgegeben von Andreas Diekmann, Band 231 (2011), S. 598–607. Wir danken den Jahrbüchern für die Genehmigung zum Wiederabdruck und Matthäus Vobruba für die Übersetzung aus dem Englischen.

\*\* Mein Dank gilt Steven Pfaff (University of Washington, Department of Sociology, Seattle) für wertvolle Anmerkungen zu einer früheren Version dieser Arbeit. Auch danke ich Andreas Diekmann (ETH Zürich) und einem anonymen Gutachter des genannten Sonderheftes der Jahrbücher (siehe vorige Fußnote) für hilfreiche Hinweise.

Daten korrekt sind. Aber wurden wirklich alle Anstrengungen unternommen, um diese Daten zu prüfen? Wenn nicht, wird dies bei der Veröffentlichung angegeben? Selbst wenn Historiker und Sozialwissenschaftler<sup>1</sup> sich bei der Untersuchung dieser Daten große Mühe gegeben haben, hätten ihnen nicht Fehler unterlaufen können? Wenn Daten problematisch sind, ist anzunehmen, dass die größten Schwierigkeiten bei den ältesten Daten bestehen, für die weniger Quellen vorhanden sind und es komplizierter ist, die Aussagekraft dieser Quellen abzuschätzen. Daher sollte man erwarten, dass Informationen über Ereignisse der jüngeren Geschichte zuverlässiger sind. Warum sollte man daran zweifeln, dass zum Beispiel die Zahl der Teilnehmer der Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 tatsächlich 70.000 betrug?

In diesem Aufsatz wird ein detailliertes Beispiel für eine historische ›Tatsache‹ behandelt, die allgemein akzeptiert wird, aber definitiv falsch ist. Überall ist zu lesen, dass an der Montagsdemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989 70.000 Personen teilnahmen.<sup>2</sup> Wie kann eine falsche Zahl allgemein akzeptiert werden, wenn sie sich auf ein so wichtiges Ereignis in der jüngeren deutschen Geschichte bezieht? Die Demonstration stellte schließlich die Weichen für den Kollaps des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland.<sup>3</sup> Noch überraschender ist aber, dass die Fehlerhaftigkeit dieser Zahl von 70.000 seit 1993 bekannt ist (Opp, Voß, Gern 1993: 47). Und dennoch wird sie bis heute allgemein akzeptiert.

Zum Verständnis dieses Beitrags ist es nützlich, kurz den historischen Kontext, das heißt die Situation in der DDR 1989, zu beschreiben. Die Proteste kamen insofern überraschend, als die DDR einer jener kommunistischen Staaten war, die durch ein ausgedehntes System der Unterdrückung stabil schienen. Seit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 hatte es kaum

---

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Beitrag die männliche Form verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen schließen selbstverständlich beide Geschlechter ein.

2 Zum Beispiel auf der Website zum 20. Jahrestag der Demonstration vom 9. Oktober 1989: [www.siebzigttausend-in-leipzig.de](http://www.siebzigttausend-in-leipzig.de). Diese Website steht unter der Patronage des Leipziger Bürgermeisters Burkhard Jung. Dort heißt es auf der Startseite: »Am 9. Oktober 2009 jährt sich die Montagsdemonstration, an der 70.000 teilnahmen, zum zwanzigsten Mal.« Diese Zahl wird also als etablierte Tatsache angesehen.

3 Die Demonstration ist auch aus einem anderen Grund einzigartig: Selbst wenn wir annehmen, dass die Schätzung von 70.000 korrekt ist, ist dies die höchste Mobilisierungsrate in städtischen Rebellionen in der Geschichte. Für Details vgl. Pfaff 2006: 284f.

Protest gegeben. Im Mai 1989 begann sich die Situation zu wandeln, als Mitglieder der Oppositionsbewegung herausfanden, dass die veröffentlichten Ergebnisse der Kommunalwahlen gefälscht worden waren. Dies führte zu einer Reihe von Protesten, die im Laufe des Jahres 1989 immer mehr zunahmen. Die größte Demonstration in der Geschichte der DDR nach 1953 fand am 9. Oktober 1989 statt. Mehr als 70.000 Bürger – dies ist die Zahl, die allgemeine Akzeptanz gefunden hat – versammelten sich im Zentrum Leipzigs auf dem Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz), obwohl eine Zerschlagung dieser Demonstration wahrscheinlich war. Die Demonstration blieb jedoch friedlich, sowohl von Seiten der Demonstranten als auch der Polizeikräfte. Nach diesem Ereignis nahmen die Proteste in Leipzig – die bekannten Montagsdemonstrationen – und an anderen Orten in der DDR zu und führten schließlich zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass diese Demonstration ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten war. Die ersten freien Wahlen wurden am 18. März 1990 abgehalten. Die deutsche Wiedervereinigung fand am 3. Oktober 1990 statt.<sup>4</sup>

## Der Anstoß, die Zahl 70.000 zu untersuchen

Die Zahl von 70.000 Teilnehmern wurde in den Medien kurz nach der Demonstration vom 9. Oktober 1989 berichtet und schnell allgemein anerkannt. Zuerst berichteten Zeitungen über sie, dann wurde sie von Wissenschaftlern oder Mitgliedern politischer Parteien und anderer Organisationen, wie zum Beispiel dem Museum »Zeitgeschichtliches Forum« in Leipzig, übernommen. Außerdem ließen sich Bilder von der Demonstration am Karl-Marx-Platz, die eine dicht gedrängte Menschenmenge zeigen, mit einer solchen Zahl vereinbaren. Es schien also keinen Grund zu geben, an den 70.000 zu zweifeln.

---

<sup>4</sup> Es gibt eine nicht mehr zu überblickende Literatur über den Umbruch in der DDR. Im Folgenden sollen – neben der ausgezeichneten englischsprachigen Studie von Pfaff 2006 – nur einige deutschsprachige Monographien in alphabetischer Reihenfolge genannt werden, die unseres Erachtens das weite Spektrum der Erklärungen repräsentieren: Brähler, Wirth 1995; Glaebner 1992; Heydemann, Mai, Müller 1999; Joas, Kohli 1993; Opp, Voß, Gern 1993; Zwahr 1993.

Allerdings gab es sehr wohl Grund für Zweifel. Dieser liegt in überraschenden Ergebnissen eines Forschungsprojektes, das 1990 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert worden war. Das Ziel des Projekts bestand in der Erklärung der Friedlichen Revolution in Ostdeutschland 1989/1990. Im Rahmen dieses Projekt wurde im Herbst 1990 eine repräsentative Umfrage in der Leipziger Bevölkerung durchgeführt.<sup>5</sup> Der Großteil der Fragen behandelte die Situation im Herbst 1989. Unter anderem wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie sich an einer der Montagsdemonstrationen beteiligt hatten und, wenn ja, an welcher. Von den 1.300 Befragten gaben 1.225 eine gültige Antwort. 320 Befragte gaben an, an der Demonstration am 9. Oktober 1989 teilgenommen zu haben. Dies entspricht 26 % der Stichprobe.

Dieses Ergebnis stimmte mit den herkömmlichen Schätzungen über die Größe des Protests jedoch nicht überein. Ende 1989 hatte Leipzig dem statistischen Jahrbuch der DDR zufolge 530.010 Einwohner. 70.000 entsprechen 13,21 % dieser Bevölkerung. Dies wäre nur die Hälfte des Anteils, den wir mit unserer Umfrage ermittelt hatten. Allerdings ist ein Anteil von 13,21 % nicht korrekt, weil sich unter den 70.000 auch Teilnehmer befanden, die keine Leipziger waren. Demonstranten kamen auch von außerhalb, aber deren Zahl ist unbekannt. Das heißt, es gab mit Sicherheit weniger als 70.000 teilnehmende Leipziger. Wenn man annimmt, dass 60.000 Demonstranten aus Leipzig selbst kamen, so ergibt dies einen Anteil von 11,32 % ( $60.000 \times 100/530.010$ ). Die Schätzung von 13,21 % ist daher zu hoch.

Eine weitere Korrektur ist erforderlich: Wahrscheinlich sollte man nur jene Einwohner berücksichtigen, die 15 Jahre oder älter sind, also insgesamt 440.156. Wenn wir dies als Grundlage für unsere Berechnung nehmen, liegt der Anteil bei 15,9 % ( $70.000 \times 100/440.156$ ) – immer noch deutlich niedriger als der in unserer Umfrage gemessene Anteil. Es zeigt sich also eine klare und substantielle Differenz zwischen der Zahl der Teil-

---

<sup>5</sup> Die Untersuchung vom Herbst 1990 war nur die erste Welle eines Panels mit drei weiteren Wellen 1993, 1996, 1998. Für die erste Welle siehe Opp, Voß, Gern 1993 (englisch: 1995). Es gibt zahlreiche Publikationen zu diesem Projekt. Siehe auch Opp 1993 und 1994; Opp, Gern 1993. Opp 1997 wertet die erste und zweite Umfragewelle aus. Zu den neuesten Veröffentlichungen gehören Opp, Kittel 2010 und Opp, Brandstätter 2010 mit weiteren Literaturhinweisen. Es gibt keinen vergleichbaren Paneldatensatz, in dem dieselben Personen noch unter kommunistischer Herrschaft und mehrmals nach der Wiedervereinigung befragt wurden.

nehmer, die aus unserer repräsentativen Umfrage extrapoliert wurden, und der allgemein akzeptierten ›Tatsache‹ von 70.000.

Wie kann dieser Unterschied erklärt werden? Als uns die Diskrepanz zum ersten Mal auffiel, vermuteten wir, dass uns ein Fehler in der Umfrage unterlaufen war. Also nahmen wir an diesem Punkt die Zahl 70.000 als gegeben an und fragten uns: »Was könnte mit der Datensammlung schiefgelaufen sein?« Es gab mehrere Möglichkeiten:

### Soziale Erwünschtheit und Antwortverzerrungen

Zu der Zeit, als die Umfrage durchgeführt wurde, schien die Teilnahme an den Montagedemonstrationen den Befragten einen gewissen Status zu verleihen. Jemand, der zugeben müsste, an der entscheidenden Montagsdemonstration am 9. Oktober nicht teilgenommen zu haben, könnte sich dafür genieren und dem Interviewer absichtlich eine falsche Antwort geben. Die hohe Teilnehmerzahl an der Umfrage könnte also dadurch erklärt werden, dass die Befragten ihre Beteiligung übertrieben. Eine große Anzahl Nicht-Teilnehmer könnte angegeben haben, sie hätten teilgenommen, weil dies die sozial erwünschte Antwort war.

Wir hatten diese Reaktion erwartet und entsprechende Vorkehrungen getroffen. Die Fragen zur Protestteilnahme (einschließlich der Teilnahme an den Montagedemonstrationen) wurden in einem eigenen, selbst auszufüllenden Fragebogen erhoben: An einem Punkt während der Befragung wurden die Interviewten gebeten, einen Fragebogen auszufüllen, der ihnen mit einem Kuvert übergeben wurde. Die Befragten steckten den ausgefüllten Fragebogen in den Umschlag und verschlossen ihn, so dass der Interviewer die Antworten nicht sehen konnte. Darüber hinaus wurde den Befragten versichert, dass der Interviewer das Kuvert nicht öffnen würde, also konnte es von Seiten des Interviewers keine negativen Reaktionen auf unerwünschte Antworten geben.

Ein weiterer Indikator für das Fehlen von sozialer Erwünschtheit war die Antwort auf eine Frage nach der Mitgliedschaft in der SED. Als unsere Befragungen stattfanden, wurde es nicht als wünschenswert erachtet, Mitglied in der SED gewesen zu sein. Wenn die Befragten generell sozial erwünschte Antworten gegeben hätten, wäre zu erwarten gewesen, dass die Zahl derer, die ihre Mitgliedschaft in der SED zugaben, niedriger war als die reale Zahl. Wir erhielten die Zahl der SED Mitglieder vor dem 9.

Oktober 1989 vom Parteibüro der örtlichen PDS. Es zeigte sich, dass sich die von der PDS übermittelten Zahlen nicht von den aus der Umfrage extrapolierten Zahlen unterschieden. Dies ist ein wichtiger Indikator für das Fehlen von sozialer Erwünschtheit, denn die Frage über die Mitgliedschaft in der SED wurde während der Befragung und nicht in dem selbst auszufüllenden Fragebogen gestellt.

Es mag andere Antwortverzerrungen geben, aber in diesem Fall scheinen sie unwahrscheinlich. Zum Beispiel mögen sich Menschen nicht daran erinnern, ob sie teilgenommen haben oder nicht, oder aus irgendeinem Grund könnten Nicht-Teilnehmer angeben, doch teilgenommen zu haben. Solche Verzerrungen sind hier unwahrscheinlich, da die Teilnahme an der Demonstration vom 9. Oktober 1989 einzigartig und sehr wichtig war und starke Emotionen auslöste, so dass auf der Basis psychologischer Forschungen zu erwarten ist, dass ein solches Ereignis gut erinnert wird. Es kann also grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass es eine Verzerrung in den Daten gibt, aber unsere detaillierte Analyse legt nahe, dass dies unwahrscheinlich ist (siehe dazu besonders die Diskussion in Opp, Gern 1993). Wir sind daher überzeugt, dass die Diskrepanz zwischen den offiziellen Zahlen der Teilnehmerzahl und den Ergebnissen der Umfrage nicht durch Antwortverzerrungen erklärt werden kann.

### Auswahlverzerrung und Überrepräsentation

Möglicherweise ist der hohe Anteil von Demonstranten in der Umfrage Ergebnis einer Selbstselektion durch die Befragten: Wer teilnahm, könnte eher daran interessiert sein, befragt zu werden. Er oder sie mag daher in größerer Anzahl der Befragung zugestimmt haben, als jene, die nicht teilgenommen hatten. Obwohl die Auswahl der Befragten zufällig war, hätte Selbstselektion zu der hohen Zahl von Teilnehmern führen können. (Opp, Voß, Gern 1995: Anhang). Wir haben jedoch die Übereinstimmung der demographischen Charakteristika der Stichprobe mit denen der Gesamtbevölkerung Leipzigs gemäß offiziellen Statistiken geprüft. Als Ergebnis dieser Vergleiche konnten wir feststellen, dass es keine Verzerrungen bei der Auswahl der Befragten gab.

Eine Überrepräsentation der Protestierenden in der Umfrage könnte auch durch Zufall entstehen. Nehmen wir an, es gäbe eine Bevölkerung von 1.000 Personen, darunter 100 Protestierende (10 %). Angenommen,

300 verschiedene Wahrscheinlichkeitsstichproben werden gezogen, jede mit 50 Befragten. Es besteht die Möglichkeit, dass eine dieser Stichproben nur aus Protestierenden besteht, aber die Wahrscheinlichkeit für eine solche Stichprobenziehung ist sehr gering. Ebenso kann eine der Stichproben 15 Protestierende, d. h. 30 % enthalten. Solche Abweichungen sind möglich, auch wenn wir annehmen, dass in den meisten der 300 Stichproben 10 % Demonstranten vertreten sind. Unsere Analyse der verschiedenen demographischen Variablen hat jedoch gezeigt, dass diese Variablen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in der Stichprobe gut repräsentiert sind. Dies ist ein Hinweis darauf, dass auch die Anzahl der Demonstranten nicht überrepräsentiert ist.

### Zwischenfazit

Unsere empirische und theoretische Analyse der Daten legt nahe, dass die hohe Zahl von Teilnehmern nicht durch Verzerrung in den Daten oder durch die Auswahl der Befragten zustande kam. Wie also kann die höhere Teilnehmerzahl in unserer Untersuchung erklärt werden? Wir waren unsicher und zogen erst später die Möglichkeit in Betracht, dass die offizielle Zahl von 70.000 Teilnehmern falsch sein könnte. Dies zeigt, wie sehr man offiziellen Daten vertraut. Das bestätigt sich, wenn ich das Projekt in Seminaren oder Vorträgen zur Diskussion stelle. Ich berichte dann von der Differenz zwischen den Umfragedaten und der offiziellen Teilnehmerzahl. Nur äußerst selten fragt jemand aus dem Auditorium, ob die Zahl 70.000 falsch sein könnte.

Wie schätzt man die Größe einer Demonstration, nachdem sie stattgefunden hat?

Nachdem wir in Betracht gezogen hatten, dass die offiziellen Zahlen falsch sein könnten, versuchten wir herauszufinden, wie die Zahl 70.000 zustande gekommen war. Zuerst telefonierten wir mit verschiedenen Zeitungen, wie auch mit der Deutschen Presse-Agentur. Niemand konnte uns sagen, wie es zu der Zahl 70.000 gekommen war und was die Quelle dieser Zahl war.

Die Leipziger Polizei, die oft Schätzungen veröffentlicht, hatte ebenfalls keine Informationen.

Gab es einen anderen Weg, um diese Zahl zu überprüfen, mehr als ein Jahr nachdem die Demonstration stattgefunden hatte?<sup>6</sup> Zwei Informationen werden benötigt (Opp, Voß, Gern 1995: 24): erstens die Größe der Fläche in Quadratmetern, auf der die Demonstranten standen, und zweitens, die Zahl der Personen auf einem Quadratmeter. Wenn diese Informationen vorliegen, lässt sich die Größe der Demonstration leicht berechnen. Man muss nur die Zahl der Quadratmeter mit der Zahl der Teilnehmer pro Quadratmeter multiplizieren.

Wie kamen wir an die Information über das Areal, auf dem die Demonstranten standen? Wir fanden zahlreiche Photos, die während der Demonstration am 9. Oktober 1989 gemacht worden waren und den Karl-Marx-Platz und die anliegenden Straßen wie die Grimmaische Straße zeigen. Darüber hinaus erzählten uns Teilnehmer, wo die Demonstrierenden gestanden hatten. Peter Voß (einer der drei Autoren von Opp, Voß, Gern 1993) und ich maßen entsprechend den Bereich der Demonstration aus. Die Fläche dieses Gebietes beträgt 41.500 Quadratmeter.

Wie viele Teilnehmer standen auf einem Quadratmeter? Die Photos zeigen, dass vier Personen pro Quadratmeter eine gute Schätzung ist. In diesen Fall liegt die Zahl der Teilnehmer bei 166.000 ( $4 \times 41.500$ ). Wenn wir nur drei Personen pro Quadratmeter annehmen, würde die Teilnehmerzahl 124.500 betragen.

Es kann also keinen Zweifel geben, dass die Zahl von 70.000 Teilnehmern an der Leipziger Montagedemonstration vom 9. Oktober 1989 schlicht falsch ist. Tatsächlich muss diese Zahl zwischen 124.500 und 166.000 gelegen haben. 70.000 ist ganz gewiss zu niedrig.

Es sollte angemerkt werden, dass unser Vorgehen nicht so originell war, wie wir zunächst glaubten. Unsere Erkundigungen ergaben, dass die Polizei immer auf diese Weise vorgeht, um die Größe von Versammlungen zu schätzen. Wie oben erwähnt, geschah dies für die Demonstration vom 9. Oktober 1989 jedoch nicht.

---

<sup>6</sup> In Seminaren und Vorlesungen, in denen dieser Fall präsentiert wurde, fragte ich üblicherweise, wie man die Zahl überprüfen könnte, lange nachdem die Demonstration stattgefunden hatte. Nur sehr wenige Studierende kamen auf die Vorgehensweise, die im Folgenden beschrieben wird.



## Wie entstand die Schätzung von 70.000?

Wer die Zahl von 70.000 akzeptiert, mag hinsichtlich der vorangegangenen Argumente immer noch skeptisch sein. Bisher ist die Frage offen, wie die geheimnisvolle Schätzung von 70.000 entstand und wie sie Allgemeingut werden konnte. Eine plausible Hypothese ist, dass es eine vertrauenswürdige oder hochangesehene Person oder Gruppe gab, die diese Zahl hervorbrachte und verbreitete.

Es war ein glücklicher Zufall, dass Helena Flam, Professorin für Soziologie an der Universität Leipzig, wo ich selbst von 1993 bis 2002 Professor war, eine Studie über Mitglieder der oppositionellen Gruppen in Leipzig durchführte. Am 30. Mai 1996 sandte sie mir die Transkription eines Interviews zu, in dem angesprochen wurde, wie die Schätzung von 70.000 und Schätzungen der Teilnehmerzahlen anderer Demonstrationen entstanden. Dieses Interview wurde bisher nicht veröffentlicht. Im Folgenden wird der Text des Interviews in Auszügen wiedergegeben.

Um den Bericht zu verstehen, muss man wissen, dass die Montagsdemonstrationen nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche stattfanden, das von 17 bis 18 Uhr abgehalten wurde. Diese Kirche ist nicht weit vom ehemaligen Karl-Marx-Platz entfernt. Nach dem Friedensgebet gingen die Teilnehmer von der Kirche auf den Platz und durch die breiten Straßen im Stadtzentrum. Andere, die nicht am Friedensgebet teilgenommen hatten, stießen dazu.

Die Zahl von 70.000 Demonstranten entstand nun folgendermaßen. Ein Mitglied der oppositionellen Gruppen mit engen Kontakten zur Gemeinde der Nikolaikirche berichtete im Interview, dass er und einige andere am 9. Oktober 1989 an den Friedensgebeten teilgenommen hatten. Danach gingen sie ins Pfarrbüro, wo sich schon weitere Mitglieder befanden. Von dort aus hatten sie einen Blick auf den Nikolaikirchhof, den Platz neben der Nikolaikirche. Alle waren überrascht, dass sich so viele Menschen versammelt hatten. Die Gruppe schloss sich dann den Demonstranten für einige Zeit an, ging in der Innenstadt umher und kehrte schließlich in das Büro zurück. Vertreter der Medien aus Berlin, die Informationen über die Montagsdemonstration und insbesondere über die Teilnehmerzahl erhalten wollten, riefen das Büro an. Einer der Interviewten berichtete:

»Wir mussten ja sozusagen nun eine Zahl angeben, die Leute hamm' [haben] ja angerufen, die Medien hamm' nun eine Zahl verlangt von uns. Wie viele Leute sind denn nun an den Demonstrationen beteiligt. Und wir hamm' dann, irgendetwann

hamm' wir zusammen gesessen zu viert, der eine hat gesagt 50.000, der andere hat gesagt 90.000, wir hamm' uns dann in der Mitte irgendwo getroffen und 70.000 bekannt gegeben. Das ist die Zahl, die heute noch so in den Medien geistert.«

Ein anderer Interviewpartner sagte:

»Wir wissen überhaupt nicht, ob die [Zahl] jemals gestimmt hat.«

Derselbe Interviewte fuhr fort:

»Und das hamm' wir dann jeden Montag wieder so gemacht. Wir sind dann dem Demonstrationszug entgegen gefahren mit dem Fahrrad und hamm' dann immer so abgepeilt ... Und dann hamm' wir immer den Medien, den R. [Name ist dem Autor bekannt] angerufen in Berlin, und der hat dann immer gesagt: Es müssen mehr sein als letzten Montag. Und dann hammer [haben wir] eben das nächste Mal 90.000 gesagt oder so. Ob das gestimmt hat oder nicht, das weiß keiner.«

Diese Interviews zeigen, dass die Schätzung von 70.000 nicht auf einer wie der von uns angewendeten, verlässlichen Vorgehensweise beruhte. Es war reine Spekulation. Darüber hinaus ist nicht davon auszugehen, dass diese Schätzung auf einer geeigneten Ausbildung beruhte. Wäre ein Polizeibeamter, der auf der Basis von Photographien schon viele Versammlungsgrößen geschätzt hatte, gebeten worden, die Größe der Montagsdemonstration zu schätzen, würden wir solchen Einschätzungen eher vertrauen als den Einschätzungen eines Mitglieds der Opposition, das keine solche Erfahrung hat. Wenn man die Korrektheit der 70.000-Schätzung in diesem Fall beurteilt, ist aber auch von Bedeutung, dass die Interviewpartner selbst auf die Zweifel an ihren Schätzungen hinweisen.

Darüber hinaus ist es wichtig festzuhalten, dass die Schätzungen über die Größe der anderen Montagsdemonstrationen ebenfalls nicht korrekt sind. Dies entspricht auch unseren Daten (vgl. Opp, Voß, Gern 1993: 339f.). Das ist jedoch nicht das Thema dieser Arbeit. Daher werden wir hier dazu nicht weiter ins Detail gehen.

## Was können wir aus diesem Fall lernen?

Diese Arbeit beschreibt einen Fall, in dem eine allgemein akzeptierte historische ›Tatsache‹ zweifelhaft erschien und sich tatsächlich als falsch erwies: Es ist allgemein akzeptiert, dass an der Leipziger Demonstration am 9. Oktober 1989 70.000 Bürger teilnahmen. Das sind ungefähr 13 % bis 15 %

der Bevölkerung Leipzigs. Unsere repräsentative Umfrage weist dagegen auf eine Teilnehmerquote von 26 % hin. Dies entspricht ungefähr 130.000 Personen. Wir schritten den Bereich ab, auf dem sich die Demonstranten versammelt hatten. Die Photos zeigen, dass zwischen drei und vier Personen auf einem Quadratmeter standen. Dementsprechend nahmen tatsächlich zwischen 124.500 und 166.000 Bürger teil.

Die Entstehung der 70.000-Schätzung ist ein Fall einer willkürlichen Datenkonstruktion, die ihren Weg in die Geschichte fand. Ohne unsere Umfrage und den glücklichen Umstand, auf Helena Flams Interview mit Mitgliedern der ehemaligen Opposition gestoßen zu sein, wäre an der Schätzung von 70.000 nie gezweifelt worden.

Welche Lehren können Sozialwissenschaftler (einschließlich Anthropologen, Historiker, Sozialpsychologen, Soziologen und Politikwissenschaftler) aus diesem Fall ziehen?

- (1) Wenn ein Sozialwissenschaftler Daten verwendet, sollte er oder sie fragen, ob versucht wurde, die Richtigkeit dieser Daten zu prüfen. Das vielleicht auffallendste Merkmal der Zahl von 70.000 ist, dass es anscheinend nicht das geringste Interesse oder auch nur einen Versuch gab, die Richtigkeit dieser Zahl zu untersuchen. Das Postulat »Überprüfe die Richtigkeit der verwendeten Daten« sollte aber für jeden gelten, der Daten einem Publikum präsentiert. Im vorliegenden Fall sind das Publikum nicht nur Sozialwissenschaftler, sondern auch Journalisten, Schriftsteller, Organisationen wie Museen und die Öffentlichkeit.
- (2) Eine weitere Lehre, die wir aus unserem Fall ziehen können, ist: Traue keinen Daten (einschließlich Zahlen), die fest etabliert zu sein scheinen. Besonders vorsichtig muss man sein, wenn die Daten Allgemeingut geworden sind, und es nicht den leisesten Zweifel an ihrer Richtigkeit gibt.
- (3) Man sollte einen sehr kritischen Blick auf die Art und Quelle der Datennachweise werfen. Wäre dokumentiert worden, dass Mitglieder der Opposition 1989 die Größe der Montagedemonstrationen geschätzt hätten, wäre die Quelle der Zahlen damit identifiziert gewesen. Das ist grundsätzlich die erste Frage, die gestellt werden sollte: *Wer* sammelte oder wer veröffentlichte die Daten zuerst? War es ein Wissenschaftler, eine Regierungsbehörde, ein Forschungsteam oder eine private Firma? Die zweite Frage lautet: *Wie* wurden die Daten gesammelt? Basieren die Daten auf teilnehmender Beobachtung oder nicht, auf formellen oder informellen Interviews oder auf vorhandenen Dokumenten?

Wenn diese Fragen geklärt sind, sollten Sozialwissenschaftler als nächstes Hypothesen aus der Methodenliteratur heranziehen, um die Richtigkeit der Daten zu überprüfen. Wenn man zum Beispiel historische Daten beurteilt, ist es ratsam, zuerst einige Eigenschaften des Historikers zu ermitteln, der die Daten gesammelt hat, bevor man beginnt, die Daten selbst zu analysieren (Carr 1961, Kapitel 1). Mit anderen Worten, die Interessen und Sichtweisen des Historikers und ihr potentieller Einfluss auf die präsentierten Daten sollten analysiert werden. Das trifft auf jede Form von Daten zu. Nehmen wir an, dass eine Gruppe von Wissenschaftlern beispielsweise ein Curriculum auswertet. Besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die Daten verzerrt (oder gar gefälscht) werden? Man sollte die Verbindung der Forschergruppe mit dem Curriculum untersuchen. Vielleicht waren die Wissenschaftler Mitglieder jener Gruppe, die das Curriculum beschlossen oder offen seine positiven Eigenschaften betont haben. In diesem Fall wird es ein starkes Interesse geben, keine negativen Ergebnisse aus der Evaluation zu erhalten. Regierungsvertreter haben selten ein Interesse daran, unverzerrte Daten zu präsentieren. Auch wer befragt oder beobachtet wird, könnte ein Interesse daran haben, sich selbst positiv darzustellen. Dies alles ist Sozialwissenschaftlern bekannt. Aber unser Fall deutet darauf hin, dass sozialwissenschaftliches Wissen über die Validitätsbedingungen von Daten nicht immer angewendet wird.

- (4) Viele Sozialwissenschaftler trauen Umfragen nicht. Wenn das Ergebnis von Umfragen nicht mit offiziellen Daten übereinstimmt, werden sie wahrscheinlich letztere als glaubwürdiger ansehen. Dies passierte, wie beschrieben, auch in unserem Fall. Aber unsere Fallstudie hat diese Überzeugung widerlegt. Die Lehre ist: Wenn Umfragedaten und offizielle Daten in Widerspruch zueinander stehen, sollten alle Daten hinterfragt werden.
- (5) Wie schon zuvor angemerkt, sind seit 1993 Hinweise darauf verfügbar, dass die Zahl von 70.000 falsch ist (Opp, Voß, Gern 1993: 47). Warum wird diese Publikation ignoriert? Die Diskussion über die Richtigkeit der Zahl von 70.000 in dieser Quelle ist zwar sehr kurz, nicht einmal eine Seite lang. Die Geschichte, wer die Zahl als erster aufbrachte und wie sie geschätzt wurde, wurde noch gar nicht veröffentlicht. Aber von Wissenschaftlern, die sich für die Geschichte der DDR interessieren, sollte erwartet werden, dass sie ein Buch lesen, das historisch wichtige Ereignisse in der deutschen Geschichte behandelt. Dies kann ganz be-

sonders erwartet werden, wenn das Buch neue Daten enthält. Möglicherweise haben Historiker, Journalisten und Andere diese Quelle nicht herangezogen, weil es sich um eine quantitative soziologische Studie handelt. Obwohl das Buch leicht zugänglich geschrieben wurde und für das Verständnis von Theorie und Ergebnissen keine Vorkenntnisse erforderlich sind, schien es wahrscheinlich immer noch zu »wissenschaftlich«, verglichen mit den zahlreichen populären und akademischen Büchern über die DDR, die seit 1989 publiziert werden. Die Unwissenheit über die Widerlegung der Zahl 70.000 zeigt, dass sogar trotz veröffentlichter Belege für die Fehlerhaftigkeit einiger historischer »Tatsachen« diese neuen Daten schlicht ignoriert werden. Ein Grund dafür könnte sein, dass an die Richtigkeit der Zahl 70.000 so fest geglaubt wurde, dass gegenteilige Daten nicht plausibel erschienen. Aber trotz derartiger Überzeugungen sollte ein seriöser Wissenschaftler sich mit solchen Belegen beschäftigen. Uns ist keine Schrift bekannt, in der unsere Vorgehensweise oder unsere Daten in Zweifel gezogen wurden. Die Lehre daraus könnte sein: Wenn es widersprüchliche Hinweise gibt, die die vermeintlichen historischen »Tatsachen« infrage stellen, sollten Ressourcen für die Suche nach der Wahrheit bereitgestellt werden.

- (6) Eine weitere Lehre kann gezogen werden: Wer neue Belege findet, die allgemein anerkannte Daten infrage stellen, sollte die Forschungsergebnisse Vertretern von Medien und Organisationen mitteilen, die solche Zahlen verwenden (wie zum Beispiel Direktoren von Museen zur deutschen Geschichte etc.). Selbst wenn dies nicht von Erfolg gekrönt ist – denn Ansichten zu ändern, die seit Jahrzehnten bestehen, ist kostspielig – wäre es den Versuch allemal wert. Allerdings könnte in diesem Zusammenhang problematisch sein, dass Wissenschaftler oft kein Interesse am Geschehen außerhalb ihres Fachgebietes haben. Darüber hinaus macht es Mühe, Forschungsergebnisse an die Medien weiterzugeben und bringt außerdem kein Ansehen in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Nichtsdestoweniger sollten Sozialwissenschaftler vielleicht einen kurzen Text über neue, interessant erscheinende Ergebnisse schreiben und diese an Zeitungen, Internetportale, oder auch an Personen senden, die darüber berichten oder die Daten verwenden. (Übrigens, auch wir haben dies versäumt!)

Wir haben uns in dieser Arbeit nicht mit *gefälschten* Daten beschäftigt. Wäre es notwendig gewesen, eine vollkommen andere Arbeit zu schreiben, wenn die Zahl von 70.000 gefälscht worden wäre, oder wenn jene, die diese Zahl

veröffentlicht haben, die korrekte Teilnehmerzahl gewusst, aber absichtlich die falsche Zahl 70.000 berichtet hätten? Die erste Hälfte der Arbeit würde unverändert bestehen bleiben, aber der zentrale Abschnitt über die Entstehung der Schätzung würde sich deutlich unterscheiden. Die Enthüllung wäre nicht, dass ein nachlässiger oder weniger negativ: »nonchalanter« (Carr 1961: Kapitel 1) Umgang mit den Daten, sondern absichtliche Verdrehung von Tatsachen vorläge. Wie verhält es sich mit dem Abschnitt »Was können wir aus diesem Fall lernen«? Wenn Sie, die Leser, sich vorstellen, dass die Zahl von 70.000 absichtlich gefälscht war, werden Sie gleichwohl sehen, dass die Lehren die gleichen bleiben! Das heißt, die Vorkehrungen für die Aufdeckung verzerrter Daten sind dieselben, wie auch immer die Verzerrung entstanden ist, ob durch Nachlässigkeit, unbewusst verzerrte Wahrnehmung oder durch bewusste Fälschung.

## Literatur

- Bartee, W.C. 2000: *A Time to Speak out: The Leipzig Citizen Protests and the Fall of East Germany*. Westport, London: Praeger.
- Brähler, E., Wirth, H.-J. 1995: *Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Carr, E.H. 1961: *What is History?* London: MacMillan.
- Glaeßner, G.-J. 1992: *Eine deutsche Revolution. Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen*. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang.
- Heydemann, G., Mai, G., Müller, W. 1999: *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Joas, H., Kohli, M. (Hg.) 1993: *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Opp, K.-D. 1993: *Spontaneous Revolutions. The Case of East Germany in 1989*. In H. D. Kurz (Hg.), *United Germany and the New Europe*. Cheltenham: Elgar, 11–30.
- Opp, K.-D. 1994: *Repression and Revolutionary Action. East Germany in 1989. Rationality and Society*, 6. Jg., Heft 1, 101–138.
- Opp, K.-D. 1997: *Die enttäuschten Revolutionäre. Politisches Engagement vor und nach der Wende*. Opladen: Leske + Budrich.
- Opp, K.-D., Brandstätter, H. 2010: *Political Protest and Personality Traits: A Neglected Link. Mobilization*, 15. Jg., Heft 1, 323–346.
- Opp, K.-D., Gern, Ch. 1993: *Dissident Groups, Personal Networks, and Spontaneous Cooperation: The East German Revolution of 1989*. *American Sociological Review*, 58. Jg., 659–680.

- Opp, K.-D., Kittel, B. 2010: The Dynamics of Political Protest: Feedback Effects and Interdependence in the Explanation of Protest Participation. *European Sociological Review*, 26. Jg., Heft 1, 97–110.
- Opp, K.-D., Voß, P., Gern, Ch. 1993: *Die volkseigene Revolution*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Opp, K.-D., Voß, P., Gern, Ch. 1995: *The Origins of a Spontaneous Revolution. East Germany 1989*. Ann Arbor: Michigan University Press.
- Pfaff, St. 2006: *Exit-Voice Dynamics and the Collapse of East Germany: The Crisis of Leninism and the Revolution of 1989*. Durham, NC: Duke University Press.
- Zwahr, H. 1993: *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.